

# EUROPA

## Initiative „1EUROPA“ Johannes Voggenhuber

Logo, Foto, Manifest und CV via [www.1europa.at](http://www.1europa.at) unter Reiter Presse downloadbar

*Vorab: eine detaillierte inhaltlich begründete Beantwortung ob der Komplexität und der Themen, welche sich auch in Querschnittsmaterie bewegen und nationales wie Landes-(Bundesländer) Recht und nicht EU Kompetenzen betreffen, kann hier nur angerissen werden.*

Die Vision: Wir feiern die Republik Europa. Ein gewählter Konvent hat eine gemeinsame Demokratie, eine Sozialunion und eine Friedensordnung geschaffen. Eine europäische Volksabstimmung hat sie angenommen. Ökologische Steuern und Digitalabgaben ersetzen die Steuer auf Arbeit. Die Energiewende hat die Klimaerwärmung gestoppt. Die Überwachung wurde abgebaut. Die Regionen erhielten neue Rechte zur Selbstverwaltung. Afrika ist ein enger Partner. Die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität gelten weltweit.

Die Initiative „1EUROPA“ hat in sämtlichen Umwelt und Klima Anfragen der NGO's (wie z.B. GREENPEACE, GLOBAL 2000, ATOMSTOPP, u.a.m.) entsprechend nachvollziehbar die Positionen klar bezogen. Auch in den diversen Wahlkabinen ist die Thematik klar definiert.

Einleitung: Damit die Erderhitzung 1,5 Grad Celsius nicht übersteigt – und somit eine lebenswerte Zukunft in Europa und der ganzen Welt gesichert werden kann - müssen die klimaschädlichen Emissionen laut Weltklimarat IPCC halbiert und Kohlekraft bis 2030 um einen Drittel reduziert werden. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union sind für einen erheblichen Teil der historischen globalen Emissionen verantwortlich. Gleichzeitig verfügt die Europäische Union über die finanziellen und technologischen Mittel, um als Vorreiter die Klimakrise zu bekämpfen. Deshalb muss der Beitrag Europas zur Erreichung der Klimaziele weitergehen, als der globale Durchschnitt. Wissenschaft und Zivilgesellschaft fordern etwa einen **Kohleausstieg bis 2030** und **Null-Emissionen bis 2040**.

**Wir bekennen uns zu den Zielen des Pariser Abkommens, nämlich die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2°C und die Erreichung von Treibhausgasneutralität in der 2. Hälfte des 21. Jahrhunderts. Ebenso zur strategischen Vision klimaneutrales Europa 2050, sowie bei der UN Klimawandel Konferenz (COP24) in Katowice (PL) 2018 von der EU und Mitgliedsstaaten angeregt.**

- 1. Sind Sie / Ist Ihre Fraktion/Liste dafür, in der EU eine harmonisierte Besteuerung negativer sozialer und ökologischer externer Effekte vorzusehen, etwa eine Steuer auf Kohlendioxid?**

JA, eine gesamteuropäische Einführung eine CO2 Abgabe ist eine notwendige Klimaschutz Maßnahme mit Lenkungseffekt zu möglichen Alternativen, sie muss mit einer entsprechenden sozialen Abfederung bei nicht vorhandenen Alternativen einhergehen.

Pkw und Lkw sollen bei der CO2-Einsparung nicht zu gleichen Teilen, sondern 1/3 zu 2/3 herangezogen werden. Auch die Infrastrukturkosten sind ein zu berücksichtigender Faktor. Alternativen für den Lkw-Verkehr bestehen bereits und müssen forciert werden. (z.B. Bahn) Kerosin muss besteuert werden. Auch eine

Ticketabgabe ist einzuführen. Eine Staffelung je nach Flugroute (inner-/außereuropäisch) könnte ein erster Ansatz dafür sein. Schadstoff-Grenzen müssen auch für die Seefahrt eingeführt werden. Gleichzeitig sind Schiffe in die Klimastatistik aufzunehmen. Schiffstreibstoff ist der schmutzigste überhaupt und gehört besteuert. Eine Staffelung nach Nutzung (Kreuzfahrt, Waren, Fischerei) könnte ein erster Ansatz sein.

**2. Sind Sie / Ist Ihre Fraktion/Liste für die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU in der Steuerpolitik, damit Steuersätze in der EU einheitlich festgelegt werden können, etwa für ökologische Ziele wie die Energiewende?**

JA, nur gemeinsam können die Herausforderungen zu Umwelt/ Klima/Ökologie sowie Energiewende erreicht werden. Betreffend Steuersätze bedarf es einer Harmonisierung im Verhältnis des jeweiligen BIP's unter Errichtung von sozialen Standards. Die Steuerhoheit bleibt bei den Mitgliedsstaaten  
Finanzausgleich , Besteuerung Großkonzerne, „Soziale Säule“ in das Gemeinschaftsrecht (Sozialstandards)

Für das informelle Treffen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs am 9. Mai 2019 in Sibiu ('Rumänien) hat die Europäische Kommission am 29. April 2019 das Papier „[Europe in May 2019 – Future of Europe](#)“ vorgelegt. Das Treffen dient der Vorbereitung der Strategischen Agenda der EU für die nächsten fünf Jahre.

**3. Einleitend meint der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, die Europäische Union stehe vor ihrer letzten Chance, den Europäern zu zeigen, dass die EU für sie arbeitet. Sehen Sie / Ihre Fraktion/Liste das ebenso?**

Es ist eine Momentaufnahme, in Teilen stimmen wir zu: Die Herausforderungen Klima, Umwelt, Migration (Asyl & Einwanderung) bedürfen der Gemeinsamkeit und eines akkordierten Vorgehens in den betroffenen Politiken (Querschnittsmaterie). Ja es ist auch eine letzte Chance sollten die populistischen nationalistischen und rechtsextremen Kräfte nicht gestoppt werden.

**4. Die Kommission spricht von nennenswerten Fortschritten im Klimaschutz, in der Energiepolitik und in der Kreislaufwirtschaft und nennt weitere Ziele.**

**4.1. Wie beurteilen Sie / Ihre Fraktion/Liste diese Fortschritte?**

Seitens der EU sind Fortschritte gemacht worden, es hätte auch mehr sein können wenn nicht der Rat gewisse Vorhaben verwässert hätte. In der Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten leider zu wenig .

**4.2 Die Treibhausgase sollen in der EU bis 2030 um 40 % vermindert werden. Ist dieses Ziel ausreichend für Klimaschutz? Ist dieses Ziel erreichbar?**

Das fixierte Ziel sollte gemäß Kompromiss und wenn sich Alle in den Umsetzungen daran halten, laut Expert\*innen ausreichend sein. Unserer Meinung hätte es ruhig mehr sein können. Wenn sich alle Mitgliedsstaaten an die Umsetzungspläne halten ist dieses Ziel erreichbar. Wir hätten uns in diesem Punkt das Mehrheitsprinzip im Rat anstatt Einstimmigkeit gewünscht.

**4.3 Das Maßnahmenpaket der EU, „Saubere Energie für alle“ (Clean Energy for All) fixiert zwei Ziele der Energiewende bis 2030: Den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 32 % zu erhöhen, die Energieeffizienz auf 32,5 %. Sind diese Ziele ausreichend für Klimaschutz? Sind diese Ziele erreichbar?**

Das fixierte Ziel sollte gemäß Kompromiss und wenn sich Alle in den Umsetzungen daran halten, laut Expert\*innen ausreichend sein. Unserer Meinung hätte es ruhig mehr sein können. Wenn sich alle Mitgliedsstaaten an die Umsetzungspläne halten ist dieses Ziel erreichbar. Wir hätten uns in diesem Punkt das Mehrheitsprinzip im Rat anstatt Einstimmigkeit gewünscht. Anzumerken ist auch dass die Maßnahmen als Querschnittsmaterie auch in den anderen Bereichen entsprechend akkordiert als Muss durchzuziehen sein wird.

#### **4.4 Steuern auf Energie können nach Ansicht der EU-Kommission die Energiewende unterstützen und zu einem nachhaltigen sowie sozial fairen Wachstum beitragen. Sehen Sie / Ihre Fraktion/Liste das ebenso?**

Die Initiative „1EUROPA“ tritt für eigen klar deklarierte EU-Steuern ein, nicht jedoch für eine autonome Steuerhoheit der EU (kein Recht zur Erfindung von Steuern) Die von den EU Mitgliedsstaaten der EU als „EU-Steuern“ eingehobene Einnahmen sind aufkommensneutral zu gestalten (jeweils nach den nationalen Steuersystemen, zur Transparenz)

Notwendig zur rascheren Senkung des gesamte CO2 Ausstoßes. Begleitende Anreize gehören initiiert.

Der Klimaschutz macht eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene und vom Individualverkehr auf öffentlichen Verkehr notwendig, dazu sind ökologische sozial ausgewogene Lenkungssteuern ein angemessenes Mittel.

Ausbau der Bahn, Kerosin Steuer/Ticketabgabe bei vorhandenen Alternativen, Hochgeschwindigkeitszüge, Ausbau öffentlicher Verkehr

Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und Atomenergie (Ende der diesbezüglichen Förderungen)

#### **4.5 Welche Schritte und welche Maßnahmen sollten in der EU als Nächstes gesetzt werden, um Klimaschutz sowie grünes und inklusives Wachstum zu erreichen?**

Eine gemeinsame Politik für den Zeitraum bis 2030 gibt Investoren mehr Rechtssicherheit und hilft bei der Koordinierung der Maßnahmen der EU-Länder. Der Rahmen fördert Fortschritte bei der Verwirklichung einer CO2-armen Wirtschaft und beim Aufbau eines Energiesystems, das Erschwingliche (sozial Aspekt) Energie für alle Verbraucher sicherstellt, die Energieversorgungssicherheit der EU erhöht, unsere Abhängigkeit von Energieeinfuhren verringert und neue Möglichkeiten für Wachstum und Beschäftigung schafft. Er trägt auch zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit bei, beispielsweise durch geringere Luftverschmutzung.

Im Rahmen der Klima- und Energiepolitik bis 2030 verfolgt die EU drei Hauptziele:

- 1.) Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 % (gegenüber dem Stand von 1990)
- kosteneffiziente Maßnahmen zur langfristigen Senkung der Emissionen um 80-95 % bis 2050 im Rahmen der erforderlichen Reduzierungen durch die Gruppe der Industrieländer treffen;
  - einen gerechten und ehrgeizigen Beitrag zum Übereinkommen von Paris leisten. Zur Erreichung des Ziels von mindestens 40 %
  - müssten die unter das EU-Emissionshandelssystem (EHS) fallenden Wirtschaftszweige ihre Emissionen um 43 % gegenüber dem Stand von 2005 senken. Dazu muss das EHS modernisiert und gestärkt werden;
  - müssten nicht unter das EHS fallende Wirtschaftszweige ihre Emissionen um 30 % gegenüber dem Stand von 2005 senken. Zu diesem Zweck müssen individuelle verbindliche Ziele für die einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt werden.

2.) Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 27 %  
Der Rahmen setzt ein verbindliches Ziel auf EU-Ebene, um den Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch der EU bis 2030 auf mindestens 27 % zu erhöhen.

3.) Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27 %

Auf der Grundlage der Energieeffizienzrichtlinie hat der Europäische Rat einem Energieeinsparrichtwert von 27 % bis 2030 zugestimmt.

Dieses Ziel soll 2020 daraufhin überprüft werden, ob auch eine Steigerung auf 30 % möglich wäre.